

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung
IX. Wahlperiode



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin
Fröbelstraße 17, 10405 Berlin
Telefon 90295 - 5002 / 5003
Fax 90295 - 6515
E-Mail bvv.buero@ba-pankow.de
Internet <http://www.berlin.de/ba-pankow/politik-und-verwaltung/bezirksverordnetenversammlung/>

Berlin, den 12.06.2026

Einladung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur Öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Mobilität und öffentlichen Ordnung sowie Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen ein.

am Donnerstag, 18.06.2026

um 19:30 Uhr

im Haus 7, BVV-Saal, Bezirksamt Pankow von Berlin, 10405 Berlin, Fröbelstraße 17

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollkontrolle
(Protokoll vom 07.05.2026 und 04.06.2026)
- 2 Vorstellung Entwurf des Verkehrs- und Mobilitätskonzepts für das Sanierungsgebiet Langhansstraße
- 3 Bericht aus dem Bezirksamt
- 4 Überwiesene Drucksachen
 - 4.1 Bahnhofstraße in Blankenburg für Radfahrende sicherer machen
Drucksache: IX-1383
 - 4.2 Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen
Drucksache: IX-1386
 - 4.3 Dialogdisplays für Pankows Schulwegsicherheit
Drucksache: IX-1397 (mitberatend)
 - 4.4 Lücken in der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnring schließen II
Drucksache: IX-1422
 - 4.5 IEK Romain-Rolland-Straße: Kleingartenanlage „Freies Land“ schützen
Drucksache: IX-1426 (mitberatend)

- 4.6 Barrierefreie Sanierung des Gehwegs in der Heinerdorfer Neukirchstraße vor Hausnummer 62 sowie den unmittelbar angrenzenden Hausnummern
Drucksache: IX-1428
- 4.7 Verstetigung der Lichtsignalanlage Heinrich-Mann-Str. / Hermann-Hesse-Str.
Drucksache: IX-1431
- 5 Sonstiges

Mit freundlichen Grüßen

gez. Mike Szidat
Ausschussvorsitzender



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1383

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Bahnhofstraße in Blankenburg für Radfahrende sicherer machen**Die BVV möge beschließen:**

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich bei SenMVKU dafür einzusetzen, dass für das Radfahren entlang der Blankenburger Bahnhofstraße vom S-Bahnhof in Fahrtrichtung Ortskern vom Rothammerweg bis zur Heinersdorferstraße eine sichere und vom KFZ-Verkehr getrennte Fahrmöglichkeit angeordnet wird.

Berlin, den 14.04.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jens Haustein

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen

federführend

Begründung:

Die Bahnhofstraße in Berlin-Blankenburg (Abb. 1) zwischen dem S-Bahnhof und der Straßenkreuzung Bahnhofstraße/Heinersdorferstraße/Krugstege gehört zum übergeordneten Straßennetz Berlins. Sie ist eine übergeordnete Straßenverbindung der Stufe II (vgl. Abb. 2). In der Blankenburger Bahnhofstraße existiert lediglich eine einseitige Radverkehrsanlage vom Ortskern zum S-Bahnhof (vgl. Abb. 5). In der Gegenrichtung vom S-Bahnhof Richtung Ortskern fehlt eine sichere Fahrmöglichkeit für Radfahrende (vgl. Abb. 3 und 4). Der S-Bahnhof in Blankenburg ist die einzige Schnellbahnstation im Ortsteil Blankenburg. Sehr viele Blankenburger und Blankenburgerinnen nutzen das Rad für die ‚letzte Meile‘ vom Wohnort zum S-Bahnhof und zurück, wo sich eine der größten Fahrradabstellanlagen Berlins befindet.

Viele Radfahrende in Richtung Ortskern meiden das Fahren auf der KFZ-Fahrspur, da dies wegen des stets dichten Verkehrs zu unsicher und zu gefährlich ist. Um der Gefahrenlage zu entgehen, weichen viele Radfahrende auf verbotene ‚Alternativen‘ aus wie z. B. auf die Nutzung der bestehenden Radverkehrsanlage in der falschen Fahrtrichtung oder auf den Weg durch die geschützte Grünanlage durch das Biotop und über den Spielplatz. Beides kann keine Lösung sein, da dies mit Gefahren für andere Verkehrsteilnehmende verbunden ist. Eine sichere Fahrmöglichkeit für Radfahrende brauchen die Blankenburger und Blankenburgerinnen sehr dringend. Der absehbare Eintritt von Personenschäden bei StVO-konformen Verhalten kann und darf nicht abgewartet werden.

Dem Bezirksamt wird mithin empfohlen, sich bei SenMVKU für eine sichere, vom KFZ-Verkehr getrennte Fahrmöglichkeit vom S-Bahnhof Blankenburg zum Ortskern einzusetzen.

Abb. 1

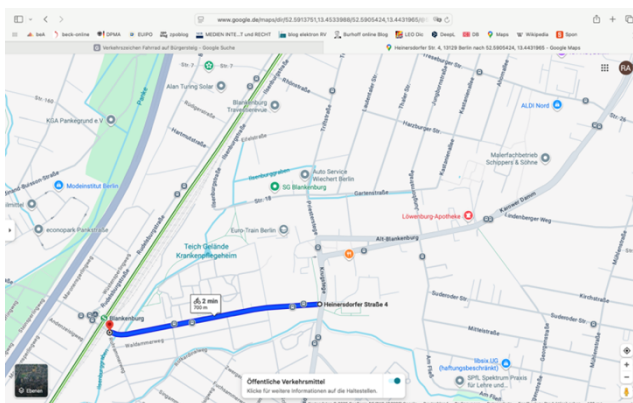


Abb. 2



Konzeption: Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt,
Abteilung IV - Mobilität, Referat IV A
Kartenerstellung: Referat IV D - GIS-CAD Team (IV D 48)

Maßstab: 1 : 50.000
Stand: Oktober 2023
Hintergrundkarte: UK50 (Quelle: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen,
Abt. III - Geoinformation)

Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Abb. 6



TOP 2.6 – Drs. IX-1383 Bahnhofstraße in Blankenburg für Radfahrende sicherer machen

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungsplanung und Genehmigungen hat die Drucksache in seiner Sitzung am 27.05.2026 beraten.

Die Drucksache wird im Ausschuss als zu unkonkret bewertet.

Mit der bereits vorgestellten Rahmenplanung für Blankenburg liegt ein umfassender Ansatz zur Neuordnung der Bahnhofstraße vor, der auch die Belange des Radverkehrs berücksichtigt.

Ein zusätzlicher Beschluss wird daher nicht als erforderlich angesehen.

Der Ausschuss empfiehlt der BVV die Ablehnung der Drucksache mit 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1386

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit im Wohngebiet rund um die Straße 52 zu prüfen und schrittweise umzusetzen.

Das Bezirksamt wird gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und, soweit möglich, umzusetzen:

1. Bauliche Verkehrsberuhigung, durch
 - abschnittsweise und versetzte Fahrbahneinengungen (unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs),
2. Begrünungsmaßnahmen wie Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern am Fahrbahnrand zur optischen Einengung und Reduzierung der Geschwindigkeit.
3. Erneuerung und bessere Sichtbarkeit der Tempo-30-Beschilderung sowie Aufbringung von Piktogrammen auf der Fahrbahn und insbesondere an den Einmündungen der Nebenstraßen.

Berlin, den 14.04.2026

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Im genannten Wohngebiet bestehen seit längerer Zeit erhebliche Probleme hinsichtlich der Verkehrs- und Schulwegsicherheit. Trotz bestehender Tempo-30-Regelung wird regelmäßig zu schnell gefahren. Begünstigt wird dies u.a. durch die guten Sichtverhältnisse und den sogenannten Allee-Effekt. Hinzu kommt, dass die Tempo-30-Beschilderung an mehreren Stellen (u. a. an der Straße 52 / Alt Karow sowie Straße 42 / Blankenburger Chaussee) stark verblichen ist und sowohl von Verkehrsteilnehmern als auch von Fahrzeugassistenzsystemen unzureichend erkannt wird, was zu einer höheren gefahrenen Geschwindigkeit beiträgt.

Besonders kritisch ist die Situation, da in Teilen des Wohngebietes kein Gehweg vorhanden ist. Fußgänger, darunter Schüler, die diesen Bereich als Schulweg zu Fuß nutzen, müssen die Fahrbahn gemeinsam mit dem fließenden Verkehr benutzen.

Die regelmäßigen Geschwindigkeitsüberschreitungen führen zu einer erhöhten Lärm- und Schadstoffbelastung und stellen eine erhebliche Gefährdung für alle nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer dar.

Im Zusammenhang mit dem bereits diskutierten Antrag IX-0972 - Verkehrsberuhigung und Schulwegsicherheit in der Straße 42 zwischen der Straße 52 und der Blankenburger Chaussee- wurde deutlich, dass weitere, ganzheitliche Maßnahmen erforderlich sind.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1386

Änderungsantrag

Fraktion Bündnis90/ Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Verbesserung der Schulwegsicherheit und Verkehrsberuhigung im Wohngebiet Straße 52 und angrenzenden Straßen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der Verkehrs- und Schulwegsicherheit im Wohngebiet rund um die Straße 52 zu prüfen und schrittweise umzusetzen.

Das Bezirksamt wird gebeten, insbesondere folgende Maßnahmen zu prüfen und, soweit möglich, umzusetzen:

1. Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche mit baulich unterstützenden Maßnahmen, wie
 - abschnittsweise und versetzte Fahrbahneinengungen (unter besonderer Berücksichtigung der Belange des Radverkehrs),
 - Schaffung von Fahrbahnverschränkungen durch Anordnung von wechselseitigen Parkständen
2. Begrünungsmaßnahmen wie Pflanzungen von Bäumen und Sträuchern am Fahrbahnrand zur optischen Einengung und Reduzierung der Geschwindigkeit.
3. Erneuerung und bessere Sichtbarkeit der Tempo-30-Beschilderung sowie Aufbringung von Piktogrammen auf der Fahrbahn (insbesondere an den Einmündungen der Nebenstraßen) in den Straßen, in denen verkehrsberuhigte Bereiche nicht eingerichtet werden können (siehe Maßnahme 1).

Die BVV ersucht das Bezirksamt, die bereits im September 2024 beschlossene Drucksache IX-0972 zur Straße 42 endlich zu bearbeiten.

Berlin, den 22.04.2026

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
_____ beschlossen mit Änderung
_____ abgelehnt
_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Einreicher: Fraktion Bündnis90/ Die Grünen
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, BV Jan Drewitz

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
 mitberatend in den Ausschuss für
 sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1397

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

22.04.2026 BVV

BVV/038/IX

Betreff: Dialogdisplays für Pankows Schulwegsicherheit**Die BVV möge beschließen:**

Das Bezirksamt wird ersucht, zur Verbesserung der Schulwegsicherheit weitere Dialog-Displays anzuschaffen und z.B. an nachfolgend genannten Standorten einzusetzen. Dabei soll das Bezirksamt die Anschaffung der Geräte über die Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz anmelden und ggf. verfügbare Haushaltsmittel für Dialog-Displays aus dem Landeshaushalt abrufen.

Zu den Standorten gehören:

- Kniprodestraße (im Bereich vor der Schuldrehscheibe);
- Dietzgenstraße/ B96a (im Bereich der Hausnummern 33 bis 43);
- Conrad-Blenkle-Straße (im Bereich der Hausnummern 4 bis 46).

Spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme der Geräte sollen die angefallen Wartungskosten sowie der mit dem Betrieb der Geräte verbundene Arbeitsaufwand und die Wirkung der Geräte in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung evaluiert werden. Anschließend soll die BVV über den weiteren Einsatz von Dialog-Displays im Bezirk befinden.

Berlin, den 14.04.2026

Einreicher: Fraktion der SPD

Katja Ahrens, Mike Szidał, Marc Lenkeit

Abstimmungsergebnis:

beschlossen

beschlossen mit Änderung

abgelehnt

zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input checked="" type="checkbox"/>	einstimmig
<input type="checkbox"/>	mehrheitlich
47	Ja-Stimmen
0	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

federführend

Finanzen, Personal, Immobilien und Verwaltungsmodernisierung

Mobilität und öffentliche Ordnung

Begründung:

Dialog-Displays sind ein niedrighschwelliges, präventives Instrument zur Erhöhung der Verkehrssicherheit insbesondere in Tempo-30-Abschnitten im Umfeld schützenswerter Einrichtungen wie Schulen und Kitas. Das Land Berlin unterstützt die Bezirke seit vielen Jahren bei der Beschaffung solcher Geräte: Die Anschaffung kann über die zuständige Senatsverwaltung (SenMVKU) angemeldet werden; die Geräte werden aus Landesmitteln finanziert, während die Bezirke die Folgekosten (insbesondere Wartung/Betrieb) sowie den organisatorischen Aufwand für den Einsatz übernehmen.

Diese Unterstützung besteht auch im aktuellen Doppelhaushalt 2026/2027 fort. Für die Anschaffung von Dialog-Displays zur Schulwegsicherheit in den Bezirken sind weiterhin Landesmittel vorgesehen, die von den Bezirken abgerufen werden können.

Die Wirksamkeit von Dialog-Displays ist durch Untersuchungen gut belegt: In einer Auswertung der Unfallforschung der Versicherer (UDV/GDV) an Berliner Standorten wurden während der Betriebsphasen deutliche Rückgänge sowohl bei den durchschnittlichen Geschwindigkeiten als auch bei der Zahl der Geschwindigkeitsüberschreitungen festgestellt. Zudem berichten Befragungen von zu Fuß Gehenden über ein erhöhtes subjektives Sicherheitsempfinden. Auch internationale Übersichtsarbeiten bestätigen, dass dynamische Geschwindigkeits-Feedback-Systeme im Regelfall zu messbaren Geschwindigkeitsreduzierungen führen und damit gerade in sensiblen Bereichen einen Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten.

Im Bezirk Pankow wurden Dialog-Displays bislang nicht systematisch erprobt. Die bisherige Zurückhaltung wurde u. a. mit vermuteten Wartungs- und Betriebsaufwänden sowie Zweifeln an der Wirksamkeit begründet, ohne dass hierzu bezirkseigene Praxiserfahrungen vorliegen. Vor diesem Hintergrund ist es sachgerecht, eine zeitlich befristete Phase mit einer überschaubaren Zahl von Geräten durchzuführen, um Nutzen, Aufwand und Kosten auf einer belastbaren Datenbasis bewerten zu können.

Die im Antrag benannten Standorte liegen an stark frequentierten Achsen bzw. im Umfeld schulischer Infrastruktur und sind daher für eine Pilotierung besonders geeignet. Die vorgesehene Evaluation spätestens zwei Jahre nach Inbetriebnahme – einschließlich der angefallenen Wartungskosten, des betriebsbedingten Arbeitsaufwands und der verkehrlichen Wirkung (z. B. Entwicklung der Durchschnittsgeschwindigkeit und der Überschreitungsanteile) – stellt sicher, dass die BVV anschließend auf Grundlage nachvollziehbarer Ergebnisse über einen weiteren Einsatz von Dialog-Displays im Bezirk entscheiden kann.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1422

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.06.2026 BVV

BVV/039/IX

Betreff: Lücken in der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnringes schließen II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend die erforderlichen Finanzmittel, für die zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtquartier „Alter Schlachthof“ und im Bereich der Conrad-Blenke-Straße vorab zu erstellenden Vorstudien, bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) zu beantragen.

Sofern eine Bewilligung der notwendigen Mittel zur auftragsweisen Bewirtschaftung für Vorstudien der Parkraumbewirtschaftung aus dem Kapitel 2707/54010 für das Haushaltsjahr 2026 nicht erfolgt, ist ein entsprechender Antrag für das Haushaltsjahr 2027 zu stellen.

Berlin, den 02.06.2026

Einreicher: Fraktion der SPD
 Mike Szida, Marc Lenkeit

Begründung siehe Rückseite

siehe 2. Ausfertigung

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____ einstimmig
 _____ mehrheitlich
 _____ Ja-Stimmen
 _____ Gegenstimmen
 _____ Enthaltungen

federführend

_____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

Begründung:

Der Antrag erfolgt in Ergänzung und Fortführung des BVV-Beschlusses IX-0356 „Lücken in der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnringes schließen“ vom 25.01.2023. Der BVV-Beschluss sieht die Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung für das Stadtquartier „Alter Schlachthof“, zwischen Landsberger Allee, Hausburgstraße, Thaerstraße, Eldenaer Straße und Hermann-Blankenstein-Straße sowie im Bereich der Conrad-Blenke-Straße, zwischen Kniprodestraße, Danziger Straße, Landsberger Allee und S-Bahn-Ring, vor.

Seit diesem Beschluss sind nunmehr dreieinhalb Jahre verstrichen, bislang ist auch keine Vorlage zur Kenntnisnahme erfolgt. Somit ist nicht erkennbar, ob und ggfls. wie das Bezirksamt hier bislang tätig geworden ist. Dies verwundert umso mehr, hat doch das Bezirksamt 2022 in der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage aus dem Berliner Abgeordnetenhaus selbst erklärt, in den nächsten drei Jahren (also bis 2025) in den Bereichen rund um das Velodrom und dem Blankensteinpark Parkraumbewirtschaftungszonen ausweisen zu wollen (Drs. 19/13 992 v. 21.11.2022).

Der Berliner Senat hat in seinen Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 das Ziel ausgegeben, die Parkraumbewirtschaftung auf das gesamte Gebiet innerhalb des S-Bahnringes auszuweiten. In Pankow sind im Innenring der S-Bahn lediglich noch die Gebiete Alter Schlachthof und Conrad-Blenke-Straße von der Parkraumbewirtschaftung ausgenommen.

Im Haushaltsjahr 2026 stehen im o. g. Kapitel des Landeshaushalts nach Auskunft der SenMVKU noch bis zu 100.000,- Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung für Vorstudien zur Verfügung, die prioritär für Projekte innerhalb des S-Bahnringes verwendet werden. Im Haushaltsjahr 2027 stehen hierfür weitere 500.000,- Euro zur Verfügung. Auch mit Blick auf den hohen Konsolidierungsdruck im Bezirk erscheint hier rasches Handeln erforderlich, benötigen doch neue Parkzonen - und damit neue Einnahmen - in Berlin von der Untersuchung über die notwendigen Ausschreibungen bis hin zur Umsetzung ca. zwei bis zweieinhalb Jahre.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

2. Ausfertigung
IX-1422

Antrag

Fraktion der SPD

Ursprung:

Antrag, Fraktion der SPD

Mitzeichnungen: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

10.06.2026 BVV

BVV/039/IX

Betreff: Lücken in der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnringes schließen II

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht,

umgehend die erforderlichen Finanzmittel, für die zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung im Stadtquartier „Alter Schlachthof“ und im Bereich der Conrad-Blenke-Straße vorab zu erstellenden Vorstudien, bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (SenMVKU) zu beantragen.

Sofern eine Bewilligung der notwendigen Mittel zur auftragsweisen Bewirtschaftung für Vorstudien der Parkraumbewirtschaftung aus dem Kapitel 2707/54010 für das Haushaltsjahr 2026 nicht erfolgt, ist ein entsprechender Antrag für das Haushaltsjahr 2027 zu stellen.

Berlin, den 11.06.2026

Einreicher: Fraktion der SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SPD: Mike Szidat, Marc Lenkeit

Bündnis90/ Die Grünen: Paul Schlüter, Almuth Tharan

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

	einstimmig
x	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

überwiesen in den Ausschuss für
mitberatend in den Ausschuss für
sowie in den Ausschuss für

Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der Antrag erfolgt in Ergänzung und Fortführung des BVV-Beschlusses IX-0356 „Lücken in der Parkraumbewirtschaftung innerhalb des S-Bahnringes schließen“ vom 25.01.2023. Der BVV-Beschluss sieht die Erstellung von Machbarkeitsstudien zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung für das Stadtquartier „Alter Schlachthof“, zwischen Landsberger Allee, Hausburgstraße, Thaerstraße, Eldenaer Straße und Hermann-Blankenstein-Straße sowie im Bereich der Conrad-Blenke-Straße, zwischen Kniprodestraße, Danziger Straße, Landsberger Allee und S-Bahn-Ring, vor.

Seit diesem Beschluss sind nunmehr dreieinhalb Jahre verstrichen, bislang ist auch keine Vorlage zur Kenntnisnahme erfolgt. Somit ist nicht erkennbar, ob und ggfls. wie das Bezirksamt hier bislang tätig geworden ist. Dies verwundert umso mehr, hat doch das Bezirksamt 2022 in der Beantwortung einer Schriftlichen Anfrage aus dem Berliner Abgeordnetenhaus selbst erklärt, in den nächsten drei Jahren (also bis 2025) in den Bereichen rund um das Velodrom und dem Blankensteinpark Parkraumbewirtschaftungszonen ausweisen zu wollen (Drs. 19/13 992 v. 21.11.2022).

Der Berliner Senat hat in seinen Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026 das Ziel ausgegeben, die Parkraumbewirtschaftung auf das gesamte Gebiet innerhalb des S-Bahnringes auszuweiten. In Pankow sind im Innenring der S-Bahn lediglich noch die Gebiete Alter Schlachthof und Conrad-Blenke-Straße von der Parkraumbewirtschaftung ausgenommen.

Im Haushaltsjahr 2026 stehen im o. g. Kapitel des Landeshaushalts nach Auskunft der SenMVKU noch bis zu 100.000,- Euro zur auftragsweisen Bewirtschaftung für Vorstudien zur Verfügung, die prioritär für Projekte innerhalb des S-Bahnringes verwendet werden. Im Haushaltsjahr 2027 stehen hierfür weitere 500.000,- Euro zur Verfügung. Auch mit Blick auf den hohen Konsolidierungsdruck im Bezirk erscheint hier rasches Handeln erforderlich, benötigen doch neue Parkzonen - und damit neue Einnahmen - in Berlin von der Untersuchung über die notwendigen Ausschreibungen bis hin zur Umsetzung ca. zwei bis zweieinhalb Jahre.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1426

Antrag

Linksfraktion

Beratungsfolge:

10.06.2026 BVV

BVV/039/IX

Ursprung:

Antrag, Linksfraktion

Mitzeichnungen:

Betreff: IEK Romain-Rolland-Straße: Kleingartenanlage "Freies Land" schützen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, bei der Erstellung des Innenentwicklungskonzeptes Romain-Rolland-Straße keine Bebauung von Kleingartenanlagen vorzusehen und in den Planungen für die Straße am Steinberg sich auf seinen festgesetzten Status im Radvorrangnetz zu fokussieren und in der Funktion auch den Anschluss an die Romain-Rolland-Straße zu entwickeln.

Berlin, den 02.06.2026

Einreicher: Linksfraktion

BV Frederik Bordfeld, BV Maria Bigos, BV Maximilian Schirmer

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	beschlossen
<input type="checkbox"/>	beschlossen mit Änderung
<input type="checkbox"/>	abgelehnt
<input type="checkbox"/>	zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

<input type="checkbox"/>	einstimmig
<input checked="" type="checkbox"/>	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

<input checked="" type="checkbox"/>	überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für
-------------------------------------	---

Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen
Mobilität und öffentliche Ordnung
Klimaschutz, Grünanlagen, Spielplätze, Umwelt und Natur

federführend

Begründung:

Das Integrierte Entwicklungskonzept (IEK) Romain-Rolland-Straße verfolgt das Ziel, ein gewerblich geprägtes Gebiet am Eingang des Ortsteiles Heinersdorf zu einem lebendigen Nahversorgungszentrum weiterzuentwickeln. Für die im IEK ebenfalls erfassten Flächen entlang der Straße Am Steinberg ist ein vergleichbares Entwicklungs- oder Neustrukturierungspotenzial hingegen nicht erkennbar.

Die im IEK vorgesehene Bebauung der Kleingartenanlage (KGA) „Freies Land“ steht im Widerspruch zu den langfristigen Planungen des Landes Berlin, wie sie im geltenden Flächennutzungsplan (FNP) festgesetzt sind. Zwar weist der Kleingartenentwicklungsplan für diese Anlage eine potenzielle Inanspruchnahme für verkehrliche Infrastruktur aus (Netzelement 3), doch wird dieses Netzelement ausdrücklich als „aktuell zurückgestellt“ bezeichnet. Im laufenden FNP-Änderungsverfahren 09/17 „Neues Stadtquartier Blankenburger Süden zwischen den Ortskernen Blankenburg und Heinersdorf“ findet das Netzelement 3 überdies keinerlei Berücksichtigung mehr.

Darüber hinaus ist der betreffende Abschnitt der Straße Am Steinberg im gültigen Radverkehrsplan des Landes Berlin als Teil des Radvorrangnetzes ausgewiesen. Diese planungsrechtlich bedeutsame Funktion bleibt in den vorliegenden IEK-Planungen unberücksichtigt.

Das am 9. März 2026 in Kraft getretene Gesetz zum Erhalt von Kleingartenanlagen auf landeseigenen Flächen in Berlin schreibt vor, dass für wegfallende Parzellen ein Ersatz im Einzugsbereich der bestehenden Anlage vorzusehen ist. Dem aktuellen IEK-Entwurf ist eine solche Ersatzplanung nicht zu entnehmen.

Es ist nicht nachvollziehbar und mit den geltenden landes- und bezirklichen Planungsgrundlagen nicht vereinbar, dauerhaft und langfristig gesicherte, im Eigentum des Landes Berlin befindliche Kleingartenanlagen mit Planungen zu überziehen, die dem Flächennutzungsplan widersprechen, keinen adäquaten Kleingärtenerersatz vorsehen und einem Verkehrsprojekt dienen, das – mit Ausnahme des Radverkehrs – in seiner Netzwirkung als so nachrangig eingestuft wird, dass die Senatsverwaltung es selbst zurückgestellt hat. Das Bezirksamt wird daher aufgefordert, die Flächen der KGA „Freies Land“ nicht als Wohnbaupotential zu markieren und das Konzept entsprechend anzupassen.



Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1428

Antrag

Fraktion der CDU

Ursprung:

Antrag, Fraktion der CDU

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.06.2026 BVV

BVV/039/IX

Betreff: Barrierefreie Sanierung des Gehwegs in der Heinerdorfer Neukirchstraße vor Hausnummer 62 sowie den unmittelbar angrenzenden Hausnummern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht,

1. den Gehweg in der Neukirchstraße vor der Hausnummer 62 sowie vor den unmittelbar angrenzenden Hausnummern, insbesondere im Bereich der dortigen senioren- und behindertengerechten Wohnanlagen, zügig instand zu setzen und
2. den betroffenen Gehwegabschnitt dauerhaft barrierefrei, rollstuhl- und rollatorgerecht nach den geltenden technischen und rechtlichen Vorgaben herzustellen.

Berlin, den 02.06.2026

Einreicher: Fraktion der CDU

Denise Bittner und die weiteren Mitglieder der CDU-Fraktion

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen

_____ beschlossen mit Änderung

_____ abgelehnt

_____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
x	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Der derzeitige Gehwegabschnitt in der Neukirchstraße vor Hausnummer 62 und den angrenzenden Hausnummern weist erhebliche Mängel auf: Er ist weitestgehend unbefestigt, besteht größtenteils aus losem Sand und weist zahlreiche Schlaglöcher auf. Bei Regenwetter bilden sich dort großflächige, tiefe Pfützen, die über Tage stehen bleiben.

Diese Zustände stellen eine akute Gefahrenquelle dar, weil sich unmittelbar an diesem Gehwegabschnitt alters- und behindertengerechte Wohnungen sowie ein Seniorenheim befinden. Die dort lebenden Bewohner - überwiegend Senioren sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - sind in hohem Maße auf einen sicheren und barrierefreien Gehweg angewiesen. Viele von ihnen nutzen Rollatoren oder Rollstühle. Der gegenwärtige Zustand gefährdet deren Mobilität, Selbstständigkeit und körperliche Unversehrtheit erheblich. Stürze auf unebenem, sandigem oder Wasser bedeckten Untergrund sind bei dieser Personengruppe mit besonders schweren Verletzungsfolgen verbunden.

Die mangelhafte Fußwegsituation widerspricht zudem den rechtlichen Verpflichtungen des Bezirks:

- dem Berliner Behindertengleichstellungsgesetz sowie
- den städtebaulichen und verkehrlichen Vorgaben des Landes Berlin zur barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums.

Eine zügige Sanierung liegt daher nicht nur im berechtigten Interesse der unmittelbar betroffenen Bewohner, sondern dient dem allgemeinen öffentlichen Interesse an einer inklusiven, sicheren und seniorengerechten Infrastruktur im Bezirk Pankow.





Drucksache
Bezirksverordnetenversammlung
Pankow von Berlin

IX-1431

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursprung:

Antrag, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitzeichnungen:

Beratungsfolge:

10.06.2026 BVV

BVV/039/IX

Betreff: Verstetigung der Lichtsignalanlage Heinrich-Mann-Str. / Hermann-Hesse-Str.

Die BVV möge beschließen:

Dem Bezirksamt Pankow von Berlin wird empfohlen, sich bei der zuständigen Senatsverwaltung dafür einzusetzen, dass die temporäre Lichtsignalanlage an der Einmündung Heinrich-Mann-Str. in die Hermann-Hesse-Str. nach Beendigung des Umleitungsverkehrs verstetigt bzw. durch eine dauerhafte Signalanlage ersetzt wird.

Berlin, den 02.06.2026

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
 gez. BV Almuth Tharan, BV Paul Schlüter, Jens Haustein

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:

_____ beschlossen
 _____ beschlossen mit Änderung
 _____ abgelehnt
 _____ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	einstimmig
x	mehrheitlich
45	Ja-Stimmen
1	Gegenstimmen
0	Enthaltungen

x _____ überwiesen in den Ausschuss für
 _____ mitberatend in den Ausschuss für
 _____ sowie in den Ausschuss für

_____ Mobilität und öffentliche Ordnung

federführend

Begründung:

Im Zusammenhang mit der Sanierung der Bahnbrücke über die Wollankstr. und dem damit verbundenen Umleitungsverkehr, wurde 2025 eine temporäre Lichtsignalanlage an der oben genannten Stelle aufgestellt. Diese Ampel trägt erheblich zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei. Alleine in den Jahren 2020 bis 2024 kam es laut Unfallatlas, ohne Umleitungsverkehr und ohne Ampel zu 24 Verkehrsunfällen mit Leicht- und Schwerverletzten. Es ist also sinnvoll, die Lichtsignalanlage an der Stelle zu belassen.



Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen am:
18.06.2026**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Bezirksverordnete	Unterschrift	Vertreter
Ahrens, Katja - SPD -	_____	
Aru, Can Diego - Bü 90/Grüne -	_____	
Behnke, Frank - AfD -	_____	
Bittner, Denise - CDU -	_____	
Bordfeld, Frederik - Linke -	_____	
Drewitz, Jan - Bü 90/Grüne -	_____	
Gänger, Silke - Bü 90/Grüne -	_____	
Göring, Christoph - Bü 90/Grüne -	_____	
Groß, Sascha - CDU -	_____	
Hauer, Daniel - CDU -	_____	
Haustein, Jens - Bü 90/Grüne -	_____	
Hornecker, Henrik - SPD -	_____	
Kempe, Wolfram - Linke -	_____	
Knebel, Sibylla Susanne - CDU -	_____	
Krüger, Daniel - AfD -	_____	
Lüssow, Axel - Bü 90/Grüne -	_____	
Mickley, Birgit - SPD -	_____	
N.N., AfD - AfD -	_____	
Paul, David - CDU -	_____	
Seewald, Jan Arne - CDU -	_____	
Simon, Oliver - FDP -	_____	

Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

IX. Wahlperiode

Anwesenheitsliste

Ausschuss für Mobilität und öffentliche Ordnung

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bebauungspläne und Genehmigungen am:
18.06.2026**

Beginn: **19:30 Uhr**

Ende:

Unterschrift:

F. d. R. d. A.

Streeck, Jan-Philip - AfD -

Szidať, Mike - SPD -

Tharan, Almuth - Bü 90/Grüne -

Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Albrecht, Lisa - auf Antrag Linke -

Ehrhardt, Friedrich - auf Antrag Bü
90/Grüne -

Herda, Michael - auf Antrag Linke -

Hübner, Matthias - auf Antrag SPD -

Sommer, Michaela - auf Antrag CDU

-

Struck, Olaf - auf Antrag CDU -

stellv. Bürgerdeputierte

Unterschrift

Vertreter

Bennert, Paul - auf Antrag Linke -

Boschert, Carlos - auf Antrag SPD -

Dießel, Peter - auf Antrag CDU -

Eichler, Olaf - auf Antrag CDU -

Metzkow, Kaspar - auf Antrag Linke -

BA-Mitglied

Unterschrift

Vertreter

Anders-Granitzki, Manuela - CDU -
BzStRin

Bechtler, Cornelius - Bü 90/Grüne -
BzStR
